

Berichterstattung aus dem Gemeinderat vom 10. Juli

Verabschiedung von Dominik Stehmer dem bisherigen Leiter unseres Forstreviers und Vorstellung seines Nachfolgers Johannes Maier

Ab August übernimmt unser bisheriger Förster Dominik Stehmer ein neues Revier. Damit endet seine vor knapp zehn Jahren begonnene Tätigkeit in Fridingen. Abgesehen von einer kurzen Unterbrechung war er seit dem 01. Januar 2014 zunächst als Assistenz des damaligen Revierleiters Olaf Seehase tätig, ehe er ab 2016 das Revier Fridingen Nord/Irndorf/Bärenthal verantwortete. In Folge der Forstreform und der damit verbundenen Neueinteilung der Reviere übernahm er dann mit dem Jahreswechsel 2019/2020 das „neue“ Gesamtrevier Fridingen inkl. der Gemarkung Bärenthal. Bürgermeister Stefan Waizenegger dankte Dominik Stehmer für die stets verlässliche sowie vertrauensvolle Zusammenarbeit und wünschte ihm für seine weitere berufliche Zukunft alles erdenklich Gute.

Unter Anwesenheit von Amtsleiter Karl-Heinz Schäfer konnte dem Gremium mit Johannes Maier bereits dessen Nachfolger präsentiert werden. Seitens der Verwaltung zeigte man sich erfreut, dass es dem Forstamt in der gebotenen Kürze der Zeit gelungen ist, diese wichtige Funktion in einem nahtlosen Übergang wiederzubesetzen. Johannes Maier stammt gebürtig aus Fridingen und kennt somit vorteilhafterweise schon die örtlichen Gegebenheiten. Aufgrund seiner beruflichen Vorerfahrung und seiner Ausbildung bringt er beste Voraussetzungen für dieses Amt mit. Nach Studium zum Forstbeamten und einer Traineeausbildung beim Landratsamt Tuttlingen war er zuletzt als Sachgebietsleiter im Schwarzwald-Baar-Landkreis beschäftigt.

Zustimmung des Gemeinderats zum Förderprogramm des Bundes für ein klimaangepasstes Waldmanagement

Klimawandel und Erderhitzung stellen auch im Forst eine große Herausforderung dar. Dem Erhalt unserer Wälder als wichtige Kohlenstoffspeicher und einer nachhaltigen Waldbewirtschaftung kommt deshalb große Bedeutung bei. Mit einem Förderprogramm unterstützt der Bund derzeit Maßnahmen des Forsts, die einem klimaangepassten Waldmanagement entsprechen und honoriert damit die Erfüllung besonderer Ökosystemleistungen. Die Zuwendung knüpft sich an zwölf Kriterien, die Forstamtsleiter Karl-Heinz Schäfer dem Gemeinderat vorstellte. Insbesondere die Topographie und die Waldstruktur im Stadtwald passen ausgezeichnet zu den Anforderungen aus diesem Zuschussprogramm, weswegen der Forst eine Mitwirkung empfiehlt. Eine Beteiligung würde das bisherige Wirtschaften unterstützen und einen Beitrag zur Stärkung einer naturnahen wie klimaresilienten Waldwirtschaft leisten. Die Erfüllung ist allerdings auch mit Mehraufwendungen im administrativ betrieblichen Ablauf verbunden, die die Forstverwaltung mit 20 % bis 30 % beziffert. Angesichts der zuwendungsfähigen Waldfläche kann bei Einhaltung der Kriterien mit einem Zuschuss von etwas mehr als 100.000 Euro pro Jahr gerechnet werden. Bei einer Gegenstimme befürwortete der Gemeinderat deshalb die Antragsstellung aus dem Förderprogramm.

Vergabe einer neuen Gerätekombination am Spielplatz beim Sportgelände

In der Aprilsitzung stellte der Gemeinderat finanzielle Mittel für eine Neuausstattung des kleinen Spielplatzes am Sportgelände zur Verfügung, nachdem bei der turnusmäßigen Frühjahrskontrolle erhebliche Mängel im Bestand festgestellt und diese aus Gründen der Verkehrssicherheit abgebaut werden mussten. Vorgeschlagen wurde nun eine Gerätekombination, die in erster Linie für Kleinkinder in einem Alter bis zu sechs Jahren konzipiert ist. Vornehmlich für Familien und Kindergärten stellt dieser Standort ein gerngesehener Anlaufpunkt dar. Das eingeholt Angebot der Firma Sauerland Spielgeräte beläuft sich inklusive Rutsche auf 4.212 Euro und liegt damit im vorgegebenen Kostenrahmen. Dankend sei erwähnt, dass eine Privatperson mit einer Spende in Höhe von 1.000 Euro diese Anschaffung tatkräftig ermöglicht. Seitens des Sportvereins wurde Mitwirkung beim Aufbau der Geräte zugesagt.

Kenntnisnahme der Schlussrechnung für die Straßen- und Tiefbauarbeiten im Straßenzug "Ob der Stadt"

Aktuell ist die Stadt mit der Kulisse „Panoramastraße/Altstadt“ im Landessanierungsprogramm. Aufgrund der topographischen Gegebenheiten handelt es sich dabei um ein anspruchsvolles Sanierungsgebiet, welches in zwei Bauabschnitte eingeteilt wurde. Ende Juli 2022 konnte die Maßnahme „Ob der Stadt“ mittels Schlussabnahme beendet werden. Nach Fertigstellung der Panoramastraße laufen gegenwärtig noch die baulichen Arbeiten „Straße Kirchberg“.

In der Sitzung nahm der Gemeinderat jetzt von der Schlussrechnung für die Straße „Ob der Stadt“ Kenntnis. Nach Ausschreibung hatten die Firma Delhey Bau aus Zornegg für die Straßen- und Tiefbauarbeiten sowie die Firma Unger aus Frickingen für den Rohrleitungsbau den Zuschlag erhalten.

Leider waren die Bauausführungen von einigen Widrigkeiten geprägt. So stellte sich im Zuge der Arbeiten heraus, dass die Stützmauer zu den Kleingärten am Litschenberg keine Standsicherheit mehr aufwies. Ein Mehraufwand ergab sich auch durch den Einbau einer Asphalttragschicht einschließlich Ankeilung, um so die Befahrbarkeit der Straße im Winter zu gewährleisten. Außerdem mussten für die Hausanschlüsse im vorderen Teil umfangreiche Grabarbeiten durchgeführt werden. Weitere Kosten entstanden zudem durch die Verwertung und Entsorgung des Aushubmaterials, da der betreffende Boden in weiten Teilen belastet war. Dies führte dazu, dass die Tief- und Straßenbauarbeiten mit insgesamt 483.140,20 Euro und damit um etwas mehr als 57.000 Euro (d.h. rd. 11 %) über der ursprünglichen Vergabesumme abschlossen.

Zustimmung zu Nachpflanzungen im Naturdenkmal „Hardtallee“

Schon seit geraumer Zeit beschäftigt das Naturdenkmal die Behörden und den Forst. Vor Jahren wurde entschieden, dass neben regelmäßigen Verkehrssicherungsmaßnahmen zum Erhalt der Allee auch ein fachliches Konzept erstellt werden muss. Als Grundlage hierfür war ein Gutachten zu beauftragen, welches den Zustand dokumentierte und insb. auch Maßnahmen zum Erhalt der Bäume wie u.a. Totholzentnahme, Rückschnitt, Kronensicherung etc... festlegte. Dabei stellte sich aber auch heraus, dass mehrere Bäume wegen der Holzfäule bzw. dem allgemeinen Eschesterben dringend zu fällen waren. Durch ein Fachbüro ist im Zuge dessen zugleich ein Nachpflanz- und Pflegekonzept erarbeitet worden.

Bis dato waren die jeweiligen Standorte für die Nachpflanzungen dabei strittig. Die straßenrechtlichen Vorschriften sehen eigentlich einen Pflanzabstand von 8 Metern zur Fahrbahn vor, was den Alleencharakter erheblich verändert hätte. Alternativ wurde das Anbringen einer Leitplanke gefordert. Unlängst konnte mit den Behörden endlich ein Kompromiss gefunden werden. Demnach wird der Einbau von Leitplanken nicht mehr zwingend verlangt. Da es sich bei der Hardtallee um keinen Unfallschwerpunkt handelt, zeigten die Behörden sich damit einverstanden, dass bei Nachpflanzungen mit Stammumfang von weniger als 25 cm eine Distanz von mind. 5 bis 8 Metern zur Straße nicht eingefordert wird. Etwaige Schutzmaßnahmen müssen allerdings später nachrüstbar sein. Der Gemeinderat nahm hiervon erfreut Kenntnis, zumal der Alleencharakter somit erhalten wird. Dem Vorschlag der Sachverständigen zukünftig Stileichen anzupflanzen wurde zugestimmt und somit finanzielle Mittel von rd. 10.000 Euro außerplanmäßig freigegeben.

Zustimmung zur Anschaffung von Sicherheitsbehältern für den städtischen Bauhof

Seitens des Gemeinderats mussten finanzielle Mittel für die ordnungsgemäße Lagerung von Akkus für bestimmte Arbeitsgeräte des städtischen Bauhofs sowie für Behälter zur Unterbringung von Gefahrenstoffen und brennenden Flüssigkeiten freigegeben werden, die im Brandfall ein Übergreifen der Flammen verhindern sollen. Die Vorgängerlösung war nach einer Ortsbegehung durch die Unfallkasse Baden-Württemberg als nicht mehr tauglich und praktikabel beurteilt worden.

Seitens des Bauhofleiters konnten entsprechende Angebote vorgelegt werden. So betragen die Kosten für einen Gefahrstoffcontainer rd. 4.800 Euro sowie für einen Akkulagerschrank ca. 6.800 Euro. Da die Behebung der genannten Mängel dringend erforderlich ist, befürwortete der Gemeinderat die Freigabe der finanziellen Mittel.

Zustimmung des Gemeinderats zur Übernahme einer Bürgschaft für ein Bauvorhaben der Bergwacht

Die Ortsgruppe unserer Bergwacht errichtet am bisherigen Standort eine neue Rettungswache. Der Neubau ist notwendig geworden, nachdem die aus dem Jahre 1975 stammende Diensthütte erhebliche bauliche Mängel bzw. Missstände aufwies. Bereits im März hatte der Gemeinderat das Baugesuch einstimmig befürwortet.

Durch das Land werden Vorhaben von ehrenamtlichem Rettungsdienstleistern gegenwärtig recht großzügig bezuschusst. Noch im letzten Jahr hatte die Ortsgruppe einen Förderantrag eingereicht. Erfreulicherweise sind die förderfähigen Kosten vollumfänglich anerkannt worden. Allerdings wird der Zuschuss nicht einmalig ausgezahlt, sondern in drei Jahresraten erstattet. Da die Bergwacht das Vorhaben noch in diesem Jahr abschließen möchte, ist eine höhere Zwischenfinanzierung über ein Kreditinstitut unumgänglich. Dieses fordert zur Sicherheit eine sog. Ausfallbürgschaft durch einen dritten Partner, weswegen sich die Ortsgruppe an die Stadt gewandt hat.

In begründeten Fällen wurden einzelnen Vereinen bereits in der Vergangenheit Bürgschaften eingeräumt. Dies bedarf der Zustimmung durch die Rechtsaufsichtsbehörde, da nach der Gemeindeordnung eine Kommune Bürgschaften prinzipiell nur zur Erfüllung ihrer Aufgaben übernehmen darf. Aufgrund der gesicherten Förderzusage besteht für die Stadt lediglich ein theoretisches Risiko in die finanzielle Pflicht genommen zu werden. Um das Projekt und den hervorragenden Zuschuss nicht zu gefährden, befürwortete der Gemeinderat einstimmig die Bürgschaft zu gewähren, so dass die Bergwacht nunmehr von einer regionalen Bank eine Zwischenfinanzierung erhalten kann.